

NACHRICHTEN

LSVA verteuert Milch

BERN: Die Vereinigung Schweizerischer Milchindustrie (VMI) rechnet mit LSVA-bedingten Preisaufschlägen. Da auch andere Produktionskosten steigen würden, entstünden den Milchverarbeitern insgesamt Mehrkosten von mindestens zwei Prozent, teilte Robert Muri von der Emmi Frischprodukte AG am Dienstag mit. Die Milchindustrie sei von der Einführung der LSVA auf mehreren Stufen betroffen, hiess es in der Mitteilung weiter.

Zum Schutz der Sexworker



BERN: Das Kollektiv PROCORE zur Verteidigung der Rechte von Sexworkern hat sich am Dienstag in Bern vorgestellt. Es will zugunsten der Sexarbeiter politisch Einfluss nehmen und sich für deren Menschen- sowie Bürgerrechte wehren. In der Vereinigung PROstitution COLlectif REflexion (PROCORE) haben sich über 20 Organisationen und Projekte aus der ganzen Schweiz vereinigt, die im Sexgewerbe Tätige unterstützen. Mitglied sind auch vereinzelt Prostituierte als Privatpersonen. Das Bild zeigt Iris Heidrich, Aidsprävention im Sexgewerbe (APIS), Luzern und Dora Ramseier, APIS Zürich vor der gestrigen Medienkonferenz.

Schweiz kritisiert Israel

GENÈVE: Der ständige Vertreter der Schweiz bei den internationalen Organisationen in Genf, François Nordmann, hat gestern vor der UN-Menschenrechtskommission Israel scharf kritisiert. Die Einsätze der israelischen Armee und Polizei seien in den besetzten Gebieten unverhältnismässig gewesen, wie die Wahl ihrer repressiven Mittel und Waffen sowie die Bilanz der Todesopfer zeige. Schockierend sei vor allem die grosse Anzahl getöteter palästinensischer Kinder.

Wegen Kinderpornografie verhaftet

ZUG: Die zwei Geschäftsführer der JUCOM Entertainment GmbH in Neuheim ZG sind verhaftet worden. In ihren Internet-Seiten sollen sie gegen das Pornografieverbot verstossen haben. Gemäss einer Medienmitteilung wirft das Untersuchungsrichteramt des Kantons Zug den Verhafteten vor, mit ihren Web-Seiten Kindern Zugang zu Pornografie verschafft zu haben. Zudem sollen sie über Links Surfern den Zugang zu Kinderpornografie ermöglicht haben.

Eine Last für die AHV-Zukunft

Bundesrätin Ruth Dreifuss spricht sich gegen die Rentenalter-Initiativen aus

BERN: Die Einführung einer vollen Ruhestandsrente ab 62 würde laut Bundesrätin Ruth Dreifuss die Zukunft der AHV belasten. Beide AHV-Initiativen würden Mehrkosten von einem halben Mehrwertsteuerprozent verursachen, sagte sie vor den Medien. Der Bundesrat setze mit der Rente «à la carte» der 11. AHV-Revision auf die Sicherung der AHV.

Dreifuss begründete am Dienstag die ablehnende Haltung der Landesregierung zu den beiden am 26. November zur Abstimmung gelangenden AHV-Initiativen. Die Möglichkeit des vollen Rentenbezugs ab 62 würde Mehrkosten von rund zwei Milliarden Franken verursachen. Dem stünden Einsparungen bei der Invalidenversicherung und der Arbeitslosenversicherung von rund 900 Millionen Franken gegenüber. Unter dem Strich blieben Kosten von rund einem halben MWST-Prozent. Zudem müssten die Behörden kontrollieren, ob die frühzeitigen Rentenbezüge tatsächlich ihre Erwerbsarbeit aufgegeben hätten, was schwierig sei. Der Bundesrat rechnet damit, dass bei einer Ruhestandsrente ab 62 Jahren 30 Prozent der Männer und 75 Prozent der Frauen den



Bundesrätin Ruth Dreifuss hält die Zahlen der Initianten für zu optimistisch, weshalb das vorgeschlagene Modell mit einer Ruhestandsrente ab 62 Jahren nicht zu finanzieren sei. (Bild: Keystone)

frühestmöglichen Rentenbezug wählen.

Ziel: Sicherung der AHV

Ziel des Bundesrates sei die langfristige Sicherung der AHV, sagte die Sozialministerin weiter. Bei einer Annahme der Initiativen werde dies schwierig. Wegen der demographi-

schon Entwicklung sei in der 11. AHV-Revision bereits eine Erhöhung der MWST um 1,5 Prozent für die Altersrente vorgesehen. Auch der Bundesrat wolle einen vorzeitigen Rentenbezug ermöglichen, allerdings ohne Mehrkosten zu verursachen. Deshalb sei mit dem Vorbezug eine Rentenkürzung

vorgesehen, die für Leute mit geringem Einkommen allerdings günstiger ausfalle. Die Lösung des Bundesrates forcire im Gegensatz zu den Initiativen nicht den frühzeitigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben. Zur Sicherung des finanziellen Gleichgewichts sehe die 11. AHV-Revision auch die Er-

höhung des Rentenalters der Frauen auf 65 Jahre vor.

Im Zahlenstreit beide Seiten falsch

Im Zahlenstreit zwischen den bürgerlichen Initiativgegnern und den Gewerkschaften stützten sich beide Seiten auf falsche Fakten, sagte Dreifuss. Die Initiativgegner argumentierten mit Perspektiven, die nur zuträfen, wenn mit der 11. Revision keine Massnahmen zur finanziellen Verbesserung der AHV ergriffen würden. Die Initianten benützten dagegen Berechnungen des AHV-Ausgleichsfonds, die im Zusammenhang mit der künftigen Anlagestrategie des Sozialwerks zu sehen seien. Der Ausgleichsfonds gehe nicht nur von konjunkturell höheren Einnahmen aus, sondern auch davon, dass sämtliche vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen umgesetzt würden. Diese Annahmen seien zu positiv. Bei den Zukunftsperspektiven gebe es weder richtige noch falsche Zahlen, sondern verschiedene Modelle, die sich auf bestimmte Annahmen stützten. Zur Abstimmung gelangen am 26. November zwei fast identische Initiativen des Schweizerischen Kaufmännischen Verbandes und der Grünen. Deren Begehren geht noch etwas weiter und verlangt neben der vollen Ruhestandsrente ab 62 die Möglichkeit einer vorzeitigen Teilpensionierung.

Vorurteil gegenüber Liechtenstein

Innerrhoden will kein «Schmutzgeld» von Liechtensteiner Firmen

APPENZEL: Appenzell Innerrhoden will unabhängiger werden. Die gefährliche Abhängigkeit vom Bund soll daher ab 2001 verringert und die Wirtschaft gezielt gefördert werden. Keinesfalls wolle Innerrhoden jedoch schwarze Fluchtgelder von liechtensteinischen Firmen erben.

Im Voranschlag 2001 wird bei einem gleich bleibenden Steuerfuss von 100 Prozent, einem Aufwand von 101,8 Mio. Fr. und einem Ertrag von 100,3 Mio. Fr. in der laufenden Rechnung mit einem Defizit von 1,4 Mio. Fr. gerechnet. Die Löhne für das Staatspersonal werden um durchschnittlich zwei Prozent erhöht. In der Investitionsrechnung wird bei einem Auf-

wand von 13,1 Mio. Fr. und einem Ertrag von 9,4 Mio. Fr. ein Defizit von 3,7 Mio. Fr. erwartet. Damit ergibt sich in der Gesamtrechnung des Kantons ein Ausgabenüberschuss von 5,27 Mio. Fr. Finanziell steht Innerrhoden nicht schlecht da: Der Kanton hat keine Schulden, sogar 3,8 Millionen Franken Vermögen und ein attraktives Steuerklima.

Wirtschaftsförderung

Ein neues Steuergesetz bringt ab 2001 zusätzliche Entlastungen und dem Staat einen Steuerausfall von rund 1,5 Mio. Fr. pro Jahr. Mit gezielter Wirtschaftsförderung sollen vor allem ausländische Firmen angesiedelt und so das Steuersubstrat erhöht werden.

Dabei werde an die Sorgfaltspflicht ein strenger Massstab gelegt, sagte Wyser. Keinesfalls wolle Innerrhoden schwarze oder graue Fluchtgelder von Firmen aus dem Fürstentum Liechtenstein erben. Ohne Steuererhöhung soll so ein jährliches Wachstum der Steuereinnahmen von rund zwei Prozent erzielt werden.

Die finanzielle Abhängigkeit vom Bund sei aber noch zu gross, sagte Wyser. 25 Mio. Fr. Abgaben stehen 45 Mio. Fr. Einnahmen vom Bund gegenüber. Eine Reduktion der Bundesgelder würde den kantonalen Finanzhaushalt destabilisieren. Die Innerrhoder Regierung wehrt sich energisch gegen finanzielle und politische Benachteiligung.

Konjunkturaufschwung lässt Ausländeranteil anwachsen

BERN: Der Ausländeranteil ist von Mai bis August im Zuge des Konjunkturaufschwungs weiter angewachsen. Ende August lag die Quote der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung bei 19,3 Prozent, wie das Bundesamt für Ausländerfragen (BFA) am Dienstag mitteilte.

Die Gesuche um Arbeitsbewilligungen nahmen weiter zu. Das BFA zählte Ende August dieses Jahres 1 379 800 Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz. 75 Prozent davon besaßen eine Niederlassungsbewilligung, 25 Prozent eine Jahresbewilligung.

Insgesamt erhöhte sich der Bestand der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung in der Jahresfrist um 1,4 Prozent. Auf dem Arbeitsmarkt setzte sich die markante konjunkt-

relle Erholung bei einem gleichzeitigen Rückgang der Arbeitsplätze fort. Als Folge sei ein weiterer Zuwachs von Gesuchen um Arbeitsbewilligungen für Ausländerinnen und Ausländerinnen festzustellen, wie das BFA schreibt.

Die Zahl der erwerbstätigen Jahreserwerbstätigen, Niederlassungsbewilligten und Grenzpendler nahm um 25 783 Personen oder 3,0 Prozent zu. Zusammen umfassen diese Aufnahmestellen 65 713 Ausländerinnen und Ausländer. Die Zahl der Saisonarbeiter aus den EU/EFTA-Staaten nahm um 3180 Personen oder 1,4 Prozent zu. Die erwerbstätigen Jahreserwerbstätigen und Niedergelassenen verzeichneten ebenfalls einen leichten Anstieg um 2,0 Prozent.

Zivile Solidarität

BERN: Statt einer militärischen soll in der Schweiz eine zivile Öffnung stattfinden. Mit dieser Forderung startete das Komitee für ein friedenspolitisches Referendum gestern die Unterschriftensammlung gegen die Militärgesetzreform, welche bewaffnete Auslandseinsätze ermöglicht. Die Schweizer Friedenspolitik müsse in Richtung einer zivilen internationalen Solidarität gefördert werden, teilte das Referendums-Komitee in Bern mit. Militärische Auslandseinsätze seien grundsätzlich die falsche politische Konfliktstrategie. Sie seien ein willkommenes Ablenkungsmanöver.

Gesund und umweltbewusst

Schweizer Aktionsplan soll die Umwelt und die Gesundheit fördern

BERN: Der «Aktionsplan Umwelt und Gesundheit» (APUG) will die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen in einer intakten Umwelt fördern. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat gestern eine erste Bilanz vorgelegt.

Im Rahmen des APUG seien bereits über 12 «innovative Einzelprojekte» unterstützt worden, sagte Ursula Ulrich-Vögtlin, Leiterin der BAG-Fachstelle Umwelt und Gesundheit. Jährlich stehen der Fachstelle derzeit 200 000 bis 250 000 Fr. für die Unterstützung von Einzelprojekten zur Verfügung. Mit dem APUG, der auf den Umweltgipfel in Rio de Janeiro von 1992



Charlotte Braun, Bernard Michaud und Ursula Ulrich referierten zum Thema «Aktionsplan Umwelt und Gesundheit».

zurückgeht, will das BAG die engen Beziehung zwischen Gesundheit und Umwelt zu stärkerer Beachtung verhelfen. Was gut sei für die Gesundheit, nütze oft der Umwelt und umgekehrt, sagte BAG-Vizedirektor Bernard Michaud. Wer beispielsweise Velo fahre statt Auto, stärke seinen Kreislauf und verringere die Luftverschmutzung. Ein Beispiel ist die Aktion «Besser zu Fuss» in Neuenburg: Schulkinder sollen ihre Eltern dazu bringen, sie nicht mit dem Auto, sondern zu Fuss in die Schule zu begleiten. Im Rahmen des Projekts «Leben in Bewegung» soll die Ärzteschaft Patientinnen und Patienten über Bewegungsmöglichkeiten im Alltag aufklären.